

Vom Nehmer zum Geber

Zum Rollenwechsel Indiens in der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit

Bernd Basting

Nachdem Indien jahrzehntelang Empfängerland bilateraler Entwicklungshilfe gewesen ist, hat man sich nun in 2003 offiziell als ein „Geberland“ deklariert. Delhi „entläßt“ deshalb viele Staaten aus der Rolle des Helfers, um eine solche selbst zu übernehmen und seinen angestrebten Status als autonom-selbstbewußter „global player“ zu unterstreichen.

Der betonte und endgültig klingende Dank, den Finanzminister Jaswant Singh in seiner Budgetrede am 28. Februar 2003 an die Entwicklungspartner richtete, ließ bereits aufhorchen. Seine Ankündigung, daß die indische Regierung „ihre Partner entlasten möchte, so daß deren Mittel ab jetzt an dafür vorgesehene, nichtstaatliche Organisationen fließen können“, stiftete bei den westlichen Diplomaten vollends Konfusion, in der sie im folgenden auch monatelang belassen wurden. Die Niederlande waren dann im Sommer der erste Staat, dem unmißverständlich bedeutet wurde: Indien verzichtet künftig auf die Entwicklungshilfe Den Haags und entledigt den langjährigen, engagierten Partner seiner Geberrolle.

Wie verhält es sich mit den anderen Gebern? Seit dem Herbst ist jetzt klar: Die Indische Union akzeptiert nur noch einige wenige „größere Entwicklungspartner“, als da sind: Großbritannien, Japan, Rußland, Frankreich, die USA und Deutschland. Alle anderen bisherigen Partner, seien sie auch noch so generös

und aktiv gewesen, müssen sich nun ihrer Rolle als Geber bilateraler Entwicklungshilfe begeben. Von Seiten Delhis weiterhin gern gesehen werden indes die Transfers multilateraler Institutionen wie Weltbank, Internationaler Währungsfonds (IWF), Asiatische Entwicklungsbank oder EU-Entwicklungsfonds.

Der Paradigmenwechsel

In den Fokus öffentlicher Proklamation rückt die BJP-geführte Unionsregierung jedoch eher die nun neu definierte Rolle Indiens als Geberland von Entwicklungshilfe. So will man eine *Indian Development Initiative* realisieren und hat zu diesem Zweck den eigenen Entwicklungsfond auf 1,4 Milliarden Euro erhöht. Dieses Instrument dient in Zukunft primär der Finanzierung von Projekten in Afrika südlich der Sahara, z. B. in Ghana, Kenia, Sambia, Simbabwe und Tansania. Ebenso inkludiert sind (mit 90

Millionen Euro) die indische Wiederaufbauhilfe für Afghanistan, mit der u. a. Airbus-300-Jets, Busse und Krankenhäuser zur Verfügung gestellt werden.

In den internationalen Finanzinstitutionen beabsichtigt man ebenfalls, rasch vom Nehmer zum Geber zu mutieren: Dem Antrag Indiens, beim IWF nicht mehr als Schuldner-, sondern als Geberstaat zu firmieren, wurde inzwischen bereits stattgegeben. Schon sind erste IWF-Kredite - an Brasilien und Burundi - mit indischer Beteiligung vergeben worden.

Motive und Hintergründe

Welche Motive und Antriebsfaktoren bestimmen das Verhalten der indischen Regierung, den radikalen Wandel zu vollziehen, Indien aus einem Empfänger- in ein Geberland bilateraler Entwicklungshilfe zu transformieren?

Es liegt hier offenkundig eine komplexe Motivstruktur vor: Die makroökono-

mischen Daten der indischen Wirtschaft weisen stetig nach oben: Die Rupie ist erfreulich stabil, die Verschuldung des Staatshaushalts wird sukzessive auf ein vernünftiges Maß zurückgeführt, die Devisenreserven sind von 2,5 Milliarden Rupien (1991) - was einer Importgüterbedarfsdeckung von nur zwei Wochen entspricht - auf 3,8 Billionen Rupien (2003), sprich: 77 Milliarden Euro, gestiegen, was für Importe für über acht Monate ausreicht. Das verbessert markant die Kreditwürdigkeit des Landes und seine Möglichkeit, zinsgünstige Kredite

aufzunehmen, um alte, deutlich höher verzinsten Kredite frühzeitig zurückzuzahlen. Zuletzt wurden denn auch drei Milliarden US-Dollar vorzeitig getilgt; im kommenden Haushaltsjahr sollen es sogar sechs Milliarden sein. Kredite von Asiatischer Entwicklungsbank und Weltbank in gleicher Höhe sind ebenfalls bereits kompensiert. Das heißt: Indien scheint es sich nun wirtschaftlich „leisten“ zu können, auf bilaterale Hilfgelder zu verzichten; zumal letztere mit nur rund zwei Prozent des gesamten Entwicklungsbudgets eine recht marginale Größe darstellen.

Deutschland, das ja weiterhin im „ausgewählten“ kleinen Kreis der Geberstaaten für die Indische Union bleibt, ist neben Großbritannien ihr wichtigster europäischer Partner. Berlin überwies im Rahmen der Finanziellen Zusammenarbeit (FZ) zuletzt (2002) 58,5 Millionen Euro nach Delhi, in Sachen Technischer Zusammenarbeit (TZ) 16,3 Millionen Euro. Im Zuge der Reduzierung der Mittelallokation des BMZ werden die Transfers in ihrer Höhe künftig wohl noch geschmälert. Schon jetzt erscheinen diese Summen umso bescheidener, vergleicht man sie mit den Hilfgeldern multinationaler Institutionen wie dem EU-Entwicklungsfonds: Im Zeitraum 1976 bis 2002 hat die EU dem großen südasiatischen Land über zwei Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Das für Indien jüngst neu aufgelegte Entwicklungsprogramm sieht für die Förderschwerpunkte Bildung und Gesundheit für die nächsten Jahre noch einmal 350 Millionen Euro vor, zudem für Infrastruktur und NGO-Projekte 309 Millionen Euro.

Relevant für den Paradigmenwechsel der indischen Administration sind ebenfalls avisierte administrative Effizienzsteigerungen und Kosteneinsparungen. Hilfwillige Staaten können nun direkt ihre Gelder entwicklungsorientierten NGOs zukommen lassen, ohne vorher einen mühsamen Verhandlungsmarathon mit Vertretern des politisch-administrativen Systems Indiens durchlaufen zu müssen. Finanz- oder technische Hilfe kann so potentiell zielgerichteter und schneller eingesetzt werden. Delhi seinerseits ermöglicht es eine die Verwaltung „verschlankende“ Konzentration auf wenige verbleibende Geber.

Ein weiterer Antriebsfaktor, der in besonderer Weise der stolzen und selbstbewußten Manier indischer Machteliten entspricht, besteht in der Absicht, sich konsequent der politischen Druck- und Konditionierungsversuche zu entledigen, die manche bisherige Geberstaaten in Richtung Delhi unternommen haben; dies vor allem nach den Atomwaffentests Indiens von 1998 und auch nach den gewaltsamen Unruhen in Gujarat in 2002. Man denke an die Wirtschaftsembargos und das Einfrieren staatlicher Entwicklungshilfe von Seiten zahlreicher westlicher Staaten 1998, um Indien zur Unterschrift

Nachgefragt

beim Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Frage: Wurden Staaten wie Deutschland von Indien in den Entscheidungsprozeß einbezogen, die Anzahl der bilateralen Geber künftig auf einen kleinen Kreis zu reduzieren und gab es mit Berlin Verhandlungen über die weitere Rolle Deutschlands dabei?

BMZ: Es war eine solitäre Entscheidung Indiens. Im Herbst wurde Deutschland mitgeteilt, weiterhin zu den akzeptierten Geberstaaten zu gehören.

Frage: Warum gehört Deutschland nach wie vor dazu?

BMZ: Darüber kann man nur spekulieren: Deutschland ist für Indien ein wichtiger Partner, Kommunikator, eine „Eingangspforte“ in Europa. Zudem gibt es in vielen Feldern, z. B. kulturelle Zusammenarbeit, eine traditionell gewachsene und bewährte Kultur der Partnerschaft, die man - erfreulicherweise - nicht gern auflösen möchte.

Frage: Welches sind die aktuellen Schwerpunkte der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit Deutschlands mit Indien?

BMZ: Deutschland engagiert sich vor allem auf den Feldern: Umwelt- und Ressourcenschutz, Gesundheit und Familienplanung, Energie, allgemeine Wirtschaftsförderung und Ausbau der Marktwirtschaft. In 2002 wurden 58,5 Millionen Euro im Rahmen der „Finanziellen Zusammenarbeit“ (FZ) sowie 16,3 Millionen Euro im Rahmen der „Technischen Zusammenarbeit“ (TZ) hierfür bereitgestellt.

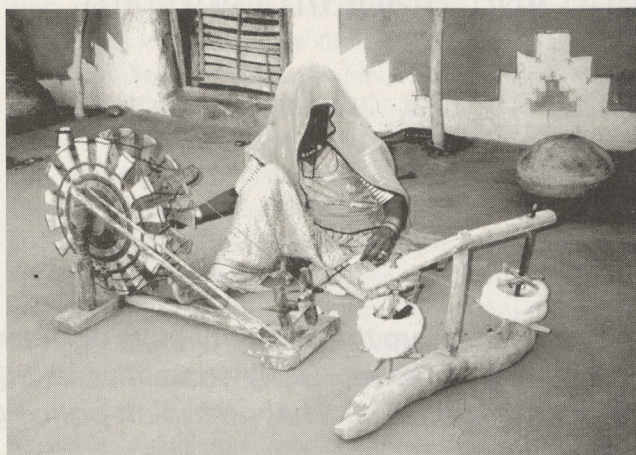
unter den Atomwaffensperrvertrag sowie das Atomteststoppabkommen zu bewegen; oder nach den Gujarat-Ereignissen: an die Bevorzugung mancher Geber, beispielsweise der Niederlande, von Aufbauprojekten für die muslimischen Opfer der Pogrome - ein Schlag ins Gesicht der hindunationalistisch dominierten Zentralregierung.

Um manch westlichen Staaten zukünftig das politische Druck- und Einflußpotential zu nehmen, verzichtet man auf deren bilaterale Entwicklungshilfe. Die Ankündigung, daß hilfswillige Staaten ja nun ihre Transfers direkt an „dafür vorgesehene Nichtregierungsorganisationen“ leiten könnten, spricht überdies dafür, daß Delhi sich in Zukunft die Definition darüber, wer „vorgesehen“ ist, ausschließlich selbst vorbehält und damit demnächst solche Finanzierungsströme stärker seiner Kontrolle unterstellen will. Der Grund dafür liegt in der Befürchtung der hindunationalistischen Politikeliten, daß Geber zu prononciert christliche oder muslimische gesellschaftliche Gruppen unterstützten beziehungsweise damit auch Missionierungsversuche verbunden wären (z. B. bei Dalit- oder Adivasi-Bevölkerung); dies konterkarierte den Kurs ihrer *Hindutva*-Ideologie, Indien solle eine „reine Hindunation sein, in dessen Organismus Christen und Muslime einen Fremdkörper darstellen“.

Die Selektion der Geber scheint die Vajpayee-Regierung weniger nach dem finanziellen Kriterium bisheriger Hilfgeldervolumina getroffen zu haben, denn nach politischen Gesichtspunkten. So fielen beispielsweise die Niederlande und Kanada „durch den Rost“, trotz bis dato generösen Geberverhaltens, während Rußland und die USA - mit ihren viel bescheideneren Hilfsprogrammen - weiterhin als Partner akzeptiert werden. Auch Deutschland, einflußreiches Mitglied der EU, ist nach wie vor als Geber willkommen. Delhi will sich offenkundig politisch bedeutende Partner sichern, die das größte Land Südasiens in seiner Aspiration flankieren können, künftig ein wichtiger, auch in internationalen Institutionen vertretener, globaler Spieler zu sein.

Der neu deklarierte Status Indiens als „Geberstaat“ unterstreicht die angestrebte Rolle als künftige Großmacht, die der Weltöffentlichkeit schon mit den Atom-

bombentests von 1998 ins Bewußtsein gebracht werden sollte. Nicht mehr armes Entwicklungsland möchte man sein, sondern an der Tafelrunde der Großen



Spinnt sich Indien zur Wirtschaftsgrößmacht?
(Foto: Bernd Basting)

und Mächtigen Platz nehmen, gleichberechtigt und anerkannt. Man strebt an, bald einen Ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat zu erhalten und darüber hinaus seinen Einfluß im IWF durch die Steigerung der Stimmrechtsquote zu mehren.

In diesem Anspruch verweist Delhi auf die kontinentale Größe der Indischen Union (3,3 Millionen Quadratkilometer), auf seine Bevölkerung von über eine Milliarde Menschen (die in wenigen Jahrzehnten die größte des Globus sein wird), auf seine alte Hochkultur, einen riesigen ökonomischen Zukunftsmarkt und nicht zuletzt auf sein gewaltiges Militärpotential inklusive Atomwaffen.

Verfehltes Selbstbild oder legitimer Anspruch?

Doch wie paßt jenes Selbstbild zu der Tatsache, daß man faktisch noch immer zu den ärmsten Entwicklungsländern gehört, mit höchst unzulänglicher Infrastruktur, mit Mangel an Energie, Wasser, Erdöl, gesunden, ausreichenden Nahrungsmitteln für alle, Bildung und vielen anderen existentiellen Gütern; mit einer korrupten Bürokratie, einem anachronistischen Kastensystem, fortschreitend hemmungsloser Zerstörung von Naturressourcen sowie einer Massenarmut, die

mit 300 Millionen am oder unter dem Existenzminimum vegetierender Menschen auf unserem Planeten ihresgleichen sucht? Die Frage drängt sich auf: Ist das

Land damit der Hilfe von außen nicht mehr bedürftig oder werden die vielen Armen Indiens hier nicht auf dem Altar eitler Selbstsuchte und absurden Großmachtwahns seiner derzeitigen politischen Entscheidungseliten geopfert?

Doch andererseits erscheint der Anspruch Indiens, künftig eine relevantere Rolle im internationalen Staatensystem spielen zu wollen und als wichtiger au-

ßenpolitischer Akteur anerkannt zu werden, durchaus legitim. Die Indische Union ist eines der flächenmäßig größten Länder der Erde; bald wird jeder fünfte Erdenbewohner ein Inder sein; militärisch und makroökonomisch ist man zu einer bedeutenden Größe herangewachsen. Jahrhunderte lang sah man sich von einer europäischen Kolonialmacht fremdbestimmt und wurde noch Jahrzehnte nach Erlangung der Unabhängigkeit von den Großmächten nicht recht ernst genommen und als „armes Entwicklungsland“ etikettiert - die Akteure der aktuellen Zentralregierung wie Premierminister Vajpayee oder die Minister Advani und Singh gehören sämtlich noch der Generation der Freiheitsbewegung beziehungsweise der Ära der frühen Unabhängigkeitsphase an und sind davon geprägt. Jetzt will man sich - trotz der nicht zu leugnenden, plastischen Defizite - endlich als unabhängig agierender, wichtiger Faktor in der Weltpolitik positionieren. Das ist die Botschaft, die von dem Paradigmenwechsel in Sachen bilateraler Entwicklungshilfe ausgehen soll. Die Zukunft wird zeigen, inwieweit Indien seinem neuen Selbstbild erfolgreich entsprechen und zudem nach wie vor dringend benötigte bilateral-externe Hilfe noch zielführend im Land eingesetzt werden kann. 